

Botschaft

des

Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend Bewilligung des Kredites für Ankauf einer Liegenschaft zur Unterbringung der Zolldirektion Lausanne.

(Vom 10. September 1918.)

Gemäss unserer Botschaft vom 16. Dezember 1895 betreffend Bewilligung des Kredites für den Bau eines neuen Postgebäudes in Lausanne war vorgesehen, dass in diesem Gebäude sowohl die Bureaus der Kreispostdirektion als diejenigen der Zollkreisdirektion unterzubringen seien.

Die Zolldirektion hat am 1. Oktober 1900 die ihr zur Verfügung gestellten Lokale bezogen.

Seither haben sich beide Dienstzweige entfaltet und die Postverwaltung benötigt nun auch die bisher von der Zolldirektion benützten Räumlichkeiten des Postgebäudes. Die Zolldirektion hat daher diese Lokale, in welchen sie sich vor 18 Jahren eingerichtet hatte, zu räumen, sobald andere Diensträume zu ihrer Verfügung stehen. Nachdem die Direktion seit ihrem Bestehen sich mit Privatlokalitäten beholfen hat, die sie öfters wechseln musste, so ist es nun an der Zeit, eine definitive Lösung zu finden da das jeweilige Umziehen in andere Lokalitäten für den Dienstgang ausserordentlich störend ist, ganz abgesehen davon, dass geeignete grössere Lokalitäten in Privathäusern sich nicht immer leicht finden lassen.

Für eine Zolldirektion von der Bedeutung derjenigen in Lausanne, mit 20 Beamten und Angestellten, sind folgende Lokale erforderlich:

Direktor	30 m ²
Sekretär	25 „
Kanzleisekretäre	25 „
Kanzlei und Registratur	60 „
Kasse mit Schalterraum	40 „
Revisor	25 „
Revisorat	60 „

Die Verzinsung obigen Betrages würde ungefähr dem Mietbetrofnis für die im Postgebäude innegehabten Bureaus gleichkommen, so dass die Verwaltung tatsächlich mit keiner nennenswerten Mehrbelastung zu rechnen hätte.

Gestützt auf das Vorstehende gestatten wir uns, Ihnen den nachstehenden Entwurf zu einem Bundesbeschlusse zu unterbreiten und zur Genehmigung zu empfehlen.

Genehmigen Sie die Versicherung unserer vollkommenen Hochachtung.

Bern, den 10. September 1918.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,
Der Vizepräsident:

Müller.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Schatzmann.

(Entwurf.)

Bundesbeschluss

betreffend

Ankauf einer Liegenschaft zur Unterbringung der Zolldirektion Lausanne.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom 10. September 1918,

b e s c h l i e s s t :

Art. 1. Für den Ankauf der Liegenschaft Grand Rosemont in Lausanne, zu dem Zwecke, die Zolldirektion des V. Zollkreises darin unterzubringen, wird dem Bundesrat ein Kredit von Fr. 317,500 bewilligt.

Art. 2. Dieser Beschluss, mit dessen Vollziehung der Bundesrat beauftragt wird, tritt, als nicht allgemein verbindlicher Natur, sofort in Kraft.



Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend Bewilligung des Kredites für Ankauf einer Liegenschaft zur Unterbringung der Zolldirektion Lausanne. (Vom 10. September 1918.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1918
Année	
Anno	
Band	4
Volume	
Volume	
Heft	38
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	932
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.09.1918
Date	
Data	
Seite	479-481
Page	
Pagina	
Ref. No	10 026 854

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dall'Archivio federale svizzero.